

Die allgemeinen anerkannten Regeln der Technik aus der Sicht des Ingenieurs

Kremer, Gottfried

Veröffentlicht in:
Jahrbuch 1996 der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft, S.113-123



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

Dipl.-Ing. GOTTFRIED KREMER, Präsident des DIN

Die allgemeinen anerkannten Regeln der Technik aus der Sicht des Ingenieurs

1. Einleitung

Meine Damen und Herren,

auch die Technik kommt – bei all ihrer Vielfalt und bei all ihrer Dynamik – nicht ohne anerkannte Regeln aus. **Normen** sind solche Regeln. Sie wurden bisher fast ausschließlich aus gewonnener Erfahrung entwickelt; in zunehmendem Maße müssen sie heute Steuerungsfunktionen bei weltweiten zeit- und kostenaufwendigen Entwicklungen erfüllen. Entwicklungsbegleitende **Normung** nennen wir dies.

Die anerkannten Regeln der Technik, also auch die Normen, entstehen im Bereich der Technik selbst. Wie sollte es auch anders sein. Ursprünglich war das vorherrschende Motiv die Rationalisierung. In einer späteren Phase trat der Gesichtspunkt der Sicherheit stärker hervor, jetzt auch ergänzt durch Aspekte des Umweltschutzes. Heute tritt immer mehr der Charakter des Verständigungsmittels in den Vordergrund, angesichts zusammenwachsender Märkte, die nach dem Fall der Zollschränken auch keine nichttarifären, sprich technischen Handelshemmnisse zu dulden bereit sind. Die Entwicklung zu größeren Märkten – für viele Produkte gibt es heute schon nur noch einen **Weltmarkt** – hat in weiten Bereichen die Anonymität des Angebots zur Folge und verleiht damit der Haftungsproblematik größere Bedeutung. Und so ist schließlich die Frage des ordnungsgemäßen Handelns angeschnitten, einmal abgesehen davon, daß sie im Hinblick auf Sicherheit und Umweltschutz immer relevant ist.

Normen als **anerkannte Regeln der Technik** müssen solchen Anforderungen gerecht werden und dürfen dennoch der Weiterentwicklung der Technik nicht im Wege stehen. Sie müssen der Statik des rechtlichen Denkens zugänglich sein ebenso wie der Dynamik der technischen Entwicklung entsprechen.

Diese Vorstellung haben heute die Ingenieure von der Normung. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß selbst im technischen Bereich noch häufig genug von **DIN-Vorschriften** gesprochen wird. Das mag an der Unkenntnis liegen, aber auch an dem hohen Akzeptanzgrad, den Normen im Bereich der Technik haben. Viele glauben eben, daß kein Weg an der Norm vorbeiführt.

Ein Blick in die DIN 820, in das „Grundgesetz der Normung“, räumt schnell jeden Zweifel aus, denn dort heißt es, daß **Normen jedermann zur Anwendung freistehen**.

Dies ist ein ganz wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der gelegentlich, aber durchaus mit gewisser Regelmäßigkeit aufgeworfenen Frage nach der demokratischen Legitimation der Normung. Erst kürzlich ist unter dem Titel „Private Regierungen in der Techniksteuerung“ eine sozialwissenschaftliche Analyse der technischen Normung publiziert worden (H. Voelzkow). Sie kommt zu dem Schluß, daß das staatliche Zugeständnis, die technische Normung trotz ihrer zahlreichen Berührungspunkte mit öffentlichen

Interessen privatrechtlich verfaßten Organisationen zu überlassen, aufgrund der Anforderungen an die Organisation, die Verfahren und die Ergebnisse als eine Demokratisierung der Normung interpretiert werden kann. Die Normung erlaubt die öffentliche Nutzung der gesellschaftlichen Selbstregulierung, ohne daß der Staat die Kontrolle über die öffentliche Aufgabenwahrnehmung dabei verliert.

Im übrigen gilt natürlich und vor allem, daß es für Regelsetzer keine bessere demokratische Legitimation geben kann als die **Brauchbarkeit** und **freie Akzeptanz** der erstellten Regeln. Ein Finanzminister tut sich da mit seinem Steuerrecht immer schwerer. Normen sind ein **Angebot** der Fachleute an die Gesellschaft. Deshalb ist es auch kein Systembruch, wenn einzelne Normen Vorschriftencharakter erhalten. Dies ist nur möglich im Rahmen eines **Rechtsaktes**, also nur durch staatliches Handeln. Von dieser Möglichkeit macht der Staat in sehr differenzierter Weise Gebrauch, häufig in den Bereichen Sicherheit, Gesundheitsschutz und Umweltschutz, in dem er durch Gesetz die Schutzziele festlegt und auf technische Regeln verweist, deren Anwendung die Erreichung der Ziele erwarten läßt.

Somit besteht bei der Anwendung von allgemein anerkannten Regeln der Technik, also auch von Normen, die Vermutung ordnungsgemäßen Verhaltens. Gerade diese Vermutung, die naturgemäß widerlegbar ist, hat in der Vergangenheit dazu geführt und führt auch noch heute zu Verständnisschwierigkeiten bei den Ingenieuren. Denn auf die Frage: habe ich mit der Anwendung einer Norm ordnungsgemäß gehandelt? hätte der Ingenieur als Antwort am liebsten ein einfaches **Ja**. Diese Gewißheit kann aber eine anerkannte Regel der Technik nur bedingt bieten, die – soll sie den Stand der Technik widerspiegeln – sich dem Entwicklungsprozeß anpassen muß und dies nur periodisch kann. Ich glaube allerdings sagen zu können, daß in all den Kreisen der Technik, die mit der Statusfrage der anerkannten Regeln der Technik in Berührung kommen, der Rechtsstatus heute nicht mehr umstritten ist.

Mit der Bildung und Entwicklung des gemeinsamen Marktes in Europa hat die Normungsarbeit eine noch größere Bedeutung erlangt. Sie ist seit dem sog. **new approach** ein ganz wesentliches Werkzeug für die Gestaltung eines offenen und von technischen Handelshemmnissen freien Marktes geworden. Wir können heute feststellen, daß sich einerseits im nationalen Bereich gewohnte und bewährte Strukturen auch für die Arbeit im erweiterten europäischen Rahmen eignen. Dies gilt z. B. für die Festlegung von Schutzziele in den Richtlinien und die Festlegung von Beschaffenheitsanforderungen in harmonisierten Normen. Andererseits werden die an der Regelerarbeitung direkt Beteiligten auch mit gravierenden Änderungen konfrontiert. Die nationale Norm entstand früher unmittelbar aus der Zusammenarbeit erfahrener Sachgebietsexperten. Die europäische Normung dagegen besteht in erster Linie aus dem Abgleich nationaler Vorstellungen und Interessen, ist also einen Schritt weiter weg von dem Fachwissen und der Praxis. Damit ist auch ein anderer Typ des Mitarbeiters gefragt; Sprachkenntnisse, Kenntnisse der Rechtssysteme und Verhandlungsgeschick geben bei aller erforderlichen Sachkenntnis oft den Ausschlag beim Erreichen der verfolgten Ziele. Regelsetzung wird also mehr und mehr Managementaufgabe. Dies wiederum sollte die Juristen und Ingenieure leichter zusammenführen.

Die heute praktizierte Arbeitsweise bei der europäischen Regelsetzung hat zur Voraussetzung gehabt, daß für jedes Land nur eine Normenorganisation auftreten und zuständig sein kann. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es das DIN, das Deutsche Institut für Normung e.V.

Das Verhältnis zwischen dieser privaten Organisation und dem Staat wurde bereits 1975 im Grundlagenvertrag in einer Weise geregelt, die die Berücksichtigung der öffentlichen Interessen sicherstellt.

Der Staat honoriert dies durch entsprechende finanzielle Beiträge zur Durchführung der erforderlichen Arbeit.

Bestimmend für die Finanzierung der gesamten Normungsarbeit sind jedoch nach wie vor die interessierten Kreise, die direkt über die Mitglieds- und Förderbeiträge und indirekt über den Kauf der erstellten Normen mehr als 80 % der benötigten Mittel aufbringen.

Und damit ist wiederum eine wichtige Facette aus der Sicht des Ingenieurs im Blick auf die allgemein anerkannten Regeln der Technik angeschnitten:

diese Regeln müssen ein **verkaufsfähiges Produkt** sein. Sie sind – hier verweise ich nochmals auf die DIN 820 – jedermann zur Anwendung freigestellt. Man kann z.B. Sicherheitsanforderungen auch auf andere, auf vergleichbar gute Weise erfüllen, mit anderen technischen Lösungen.

2. Definitionen

Mit den „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ hat sich schon das Reichsgericht befaßt. In einer Entscheidung aus dem Jahre 1910 hat das Reichsgericht diesen unbestimmten Rechtsbegriff dahingehend definiert, daß es sich hierbei um technische Regeln handelt, die in Theorie und Praxis allgemein als richtig anerkannt sind und deswegen auch allgemein angewendet werden. Diese Definition hat sich bis zum heutigen Tage gehalten. Häufig wird auch nur von anerkannten Regeln der Technik gesprochen, d.h. das Wort „allgemein“ wird weggelassen. Aus rechtlicher Sicht macht dies keinen Unterschied, gemeint ist jeweils das gleiche.

Neben dem Begriff „**anerkannte Regeln der Technik**“ sind noch zwei ähnliche, unbestimmte Rechtsbegriffe gebräuchlich, nämlich „**der Stand der Technik**“ und „**der Stand von Wissenschaft und Technik**“. Mit diesen drei unbestimmten Rechtsbegriffen hat sich das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 8.8.1978 zum „Schnellen Brüter“ (NJW 1979, Seite 359 ff) beschäftigt. Die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes zu diesen drei Begriffen haben zu einer sogenannten **Drei-Stufen-Theorie** geführt, die lange Zeit in unserem Lande heftig diskutiert wurde.

Sie ist zweifellos von Bedeutung hinsichtlich der Anforderungen, die in einem Gesetz formuliert werden. In anderen Ländern hat diese Theorie keine Bedeutung erlangt, und deshalb ist sie heute bei der Erarbeitung einheitlicher technischer Regeln auf europäischer und internationaler Ebene auch nicht von Belang.

Hilfreich sind jedoch die vom Gemeinschaftsausschuß der Technik (VDI-Nachrichten Nr. 47, 1982, Seite 24) gegebenen Begriffsdefinitionen für „**Stand der Technik**“ und „**anerkannte Regeln der Technik**“, weil sie aufeinander abgestimmt sind.

Danach ist

- „**Stand der Technik**“, der zu einem bestimmten Zeitpunkt erreichte Stand technischer Einrichtungen, Erzeugnisse, Methoden und Verfahren, die sich nach Meinung der Mehrheit der Fachleute in der Praxis bewährt haben oder deren Eignung für die Praxis von der Mehrheit der Fachleute als nachgewiesen angesehen wird.
- eine „**anerkannte Regel der Technik**“ eine technische Regel, die von der Mehrheit der Fachleute als eine zutreffende Beschreibung des Standes der Technik zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung angesehen wird.

3. Empfehlungscharakter der technischen Regeln

Die technischen Regeln, um die es im Sinne der Definition sowohl des Reichsgerichts als auch des Gemeinschaftsausschusses der Technik geht und auf die sich meine Ausführungen beziehen, werden in ehrenamtlicher Gemeinschaftsarbeit erstellt.

Die Organisatoren dieser Gemeinschaftsarbeit sind technisch-wissenschaftliche Vereine, also private Institutionen, die nicht legitimiert sind, die an ihrem Tisch erstellten technischen Regeln mit rechtlicher Verbindlichkeit auszustatten. Es handelt sich also nicht um Vorschriften im Sinne von Rechtsvorschriften, die zu beachten sind.

Vielmehr haben alle diese technischen Regeln von sich aus nur **Empfehlungscharakter**. Erst wenn sie, z. B. durch entsprechende Bezugnahme in **Rechtsvorschriften** – die bekanntesten Beispiele hierfür sind § 35h StVZO, wonach in Kraftfahrzeugen Erste-Hilfe-Material nach DIN 13164, Ausgabe Dezember 1987, mitzuführen ist und § 2 Benzinqualitätsangabe VO, wonach nur Benzin gemäß DIN 51600, Ausgabe Januar 1988 bzw. gemäß DIN EN 228, Ausgabe Mai 1993, angeboten werden darf – oder wenn in **Verträgen** Beschaffenheitsanforderungen nach bestimmten DIN-Normen festgelegt werden, erhalten sie Verbindlichkeit und müssen befolgt werden. Ansonsten steht ihre Anwendung jedermann frei; so ist es ausdrücklich für DIN-Normen in DIN 820-1, Abschnitt 6.1, festgelegt.

4. Rechtliche Bedeutung der technischen Regeln (Fehler, Verkehrssicherungspflicht, Fahrlässigkeit, Ausfüllung unbestimmter Rechtsbegriffe)

Gleichwohl kommt diesen technischen Regeln wegen der Art und Weise ihres Zustandekommens und selbstverständlich wegen ihres Inhalts rechtliche Bedeutung zu. Dafür sprechen vor allem drei Gründe.

Es handelt sich um eine **Gemeinschaftsarbeit**; also nicht ein Einzelner legt irgend etwas fest.

Für die Gemeinschaftsarbeit gilt das **Demokratieprinzip**, d. h. alle können zu Wort kommen.

Weiterhin gilt das **Konsensprinzip**, d. h. es wird nach einer Lösung gesucht, mit der alle leben können.

Das dritte Prinzip ist das **Repräsentanzprinzip**. Die beteiligten Fachleute repräsentieren zahlenmäßig begrenzt, aber in einem angemessenen Verhältnis zueinander (richtige Zusammensetzung des Ausschusses), die verschiedenen, an der Erstellung der technischen Regel jeweils interessierten Kreise bzw. die von ihr jeweils betroffenen Interessengruppen.

Wegen ihrer überragenden Bedeutung gelten für die DIN-Normen noch zwei in diesem Zusammenhang besonders hervorzuhebende Grundsätze, nämlich daß sie

- vor ihrer endgültigen Festlegung als Entwurf der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorzulegen sind (DIN 820-1, Abschnitt 5.3)
- und stets zu aktualisieren, d. h. dem fortschreitenden Stand der Technik anzupassen sind (DIN 820-4, Abschnitt 4).

Die hieraus resultierende rechtliche Bedeutung der DIN-Normen besteht beispielsweise darin, daß im Kauf- oder Werkvertragsrecht zur Klärung der Frage, ob eine gelieferte Sache oder ein hergestelltes Werk einen **Fehler** hat, auf einschlägige DIN-Normen zurückgegriffen werden kann.

In den DIN-Normen wird nämlich im Sinne der eingangs gegebenen Definitionen beschrieben, wie nach Meinung unbeteiligter Experten eine Sache oder ein Werk beschaffen sein soll (Beispiel: „Baugrube“, die nicht entsprechend DIN 4123 und 4124 ausgehoben und gesichert war (BGH NJW 1991, Seite 2021).

Allerdings muß an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, daß trotz Übereinstimmung einer Sache oder eines Werkes mit den einschlägigen technischen Regeln, also auch DIN-Normen, gelegentlich doch ein Fehler im Rechtssinn vorliegen kann (Beispiel: „Flachdach“, das undicht ist (BGH NJW 1968, Seite 43) und „Blasbachtalbrücke“, die Risse hat (OLG Frankfurt, NJW 1983, Seite 456), obwohl die DIN-Normen beachtet wurden. Häufig – so auch in diesen beiden Fällen – stellt sich dann heraus, daß die Ursache des Fehlers darin liegt, daß zusätzlich zu den in den DIN-Normen berücksichtigten weitere Anforderungen bestanden, die nicht erfüllt worden sind.

Wenn ein Produkt fehlerhaft ist und es deswegen zur Schädigung einer Person oder Sache kommt, trifft den Hersteller des Produkts eine gesetzliche Schadenersatzhaftung (**Produkthaftung**), d. h. er muß für den eingetretenen Schaden aufkommen. Die Produkthaftung ergibt sich aus dem BGB und neuerdings aus dem Produkthaftungsgesetz. Auch bei der Produkthaftung spielen für die Beurteilung der Fehlerhaftigkeit des Produkts die einschlägigen technischen Regeln mit ihrer Vermutungswirkung für ordnungsgemäßes Handeln eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Bei der Außerachtlassung der erforderlichen Sorgfalt, insbesondere der **Verkehrssicherungspflicht** (Beispiel: „Spielplatzrutsche“, die auf einem öffentlichen Spielplatz auf Beton statt auf Sand steht (BGH NJW 1988, Seite 2667) und unter dem Gesichtspunkt der **Fahrlässigkeit** (Beispiel: Verkauf „zweipoliger Zwischenstecker“ ohne Erd-

leiter (BGH BB 1959, Seite 473), spielen technische Regeln auch **strafrechtlich** eine Rolle.

Hierzu möchte ich aus einem Urteil des LG Augsburg (BB 1975, Seite 346) zitieren, das besonders deutlich und auch für einen Nichtjuristen verständlich die rechtliche Bedeutung technischer Regelwerke würdigt. In dem Urteil geht es um einen Gasunfall, der sich nach der Umstellung der Gasversorgung von Stadtgas auf Erdgas infolge einer Austrocknung der Stemmuffen ereignete. Das DVGW-Arbeitsblatt G 580, Januar 1967, gab Empfehlungen und Hinweise, wie die Austrocknung der Stemmuffen hätte vermieden werden können. Es war nicht beachtet worden.

Das LG Augsburg führt aus:

„Wenn auch diese im Regelwerk des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern e.V. zusammengefaßten technischen Normen keine Rechtsnormen sind und sie deshalb auch keine rechtlichen Sorgfaltsgebote enthalten, dienen sie dennoch auch – und darin liegt in besonderer Weise ihr juristischer Gehalt – dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Gefahren, denen der Mensch gerade durch die Technik in erhöhtem Maße ausgesetzt ist. Wegen der hohen Qualität der gebräuchlichen Regelwerke spricht eine widerlegliche Vermutung dafür, daß die in den Regelwerken enthaltenen Normen zugleich den rechtlichen Sorgfaltsanforderungen gerecht werden“.

Aus dieser Beurteilung ergibt sich dann auch die Eignung einer technischen Regel zur Ausfüllung des unbestimmten Rechtsbegriffes „anerkannte Regel der Technik“.

Der BGH sagt in einem Urteil („Sahnesiphon“, BB 1991, Seite 1817):

„Eine der Sicherheit eines technischen Arbeitsmittels dienende DIN-Norm wird mit dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zu einer allgemein anerkannten Regel der Technik im Sinne des 3 Absatz 1, Satz 1 Gerätesicherheitsgesetz, wenn sie unter Beteiligung der betroffenen Fachkreise zur Vermeidung eines erkannten Unfallrisikos erarbeitet worden ist und die Befolgung der Norm zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens aufgrund ihrer längerfristigen Vorveröffentlichung und des vorgegebenen Standes der Technik dem Hersteller keine Schwierigkeiten bereitet.“

Das OLG Celle (Urteil vom 8.6.1983) hat in einem Fall, bei dem es um die Schadensersatzpflicht der verkehrssicherungspflichtigen Gemeinde gegenüber einem Jungen ging, der von einem nicht sachgerecht aufgestellten und deswegen umstürzenden Kleinfeldtor verletzt wurde, ausgeführt:

„Es handelt sich bei DIN 7897 zwar nicht um eine verbindliche Norm mit Schutzgesetzcharakter, sondern um eine Empfehlung des Normenausschusses, deren freiwillige Anwendung erwartet wird. Diese Erwartung ist – insbesondere bei einer Gebietskörperschaft – deshalb gerechtfertigt, weil die DIN-Norm die Vermutung für sich hat, den allgemein anerkannten Stand der Technik einschließlich des anerkannten Sicherheitsstandards auszuweisen.“

5. Normenvertrag

Der Normenvertrag, den die Bundesregierung und das DIN im Jahr 1975 miteinander abgeschlossen haben, ist vor dem Hintergrund der geschilderten rechtlichen Bedeutung der DIN-Normen als anerkannte Regeln der Technik die logische Konsequenz gewesen. Das DIN ist nach diesem Vertrag die zuständige Normenorganisation für die Bundesrepublik Deutschland und wird von der Bundesregierung als die Nationale Normenorganisation in nichtstaatlichen, internationalen Normenorganisationen anerkannt (§ 1 Absatz 1 Normenvertrag).

Das DIN ist verpflichtet, bei seinen Normungsarbeiten das öffentliche Interesse zu berücksichtigen (§ 1 Absatz 2 Normenvertrag) und Normungsarbeiten, für die von der Bundesregierung ein öffentliches Interesse geltend gemacht wird – unter Umständen sogar innerhalb bestimmter Fristen – bevorzugt zu bearbeiten (§ 4 Absatz 1 Normenvertrag). Das DIN hat sich verpflichtet, die jeweils in Betracht kommenden behördlichen Stellen bei der Durchführung der Normungsarbeit zu beteiligen (§ 2 Absatz 2 Normenvertrag).

Das DIN bemüht sich, auf dem Gebiet der Normung zur internationalen Verständigung beizutragen, indem es im Wege der Normung, also durch technische Vereinheitlichung auf internationaler und europäischer Ebene, die **Liberalisierung** des Handels und den Abbau technischer Handelshemmnisse fördert (§ 6 Normenvertrag).

Der Normenvertrag bestätigt den Grundsatz der Selbstverwaltung aller Wirtschaftsbeteiligten einschließlich des Staates bei der Erarbeitung technischer Regeln. Er rechtfertigt das Prinzip der Verweisung auf DIN-Normen in Gesetzgebung und Verwaltung. Der Vertrag begünstigt die Schaffung eines einheitlichen, d.h. in sich geschlossenen und widerspruchsfreien deutschen Normenwerkes auf europäischem und internationalem Niveau.

Angesichts dieser Vertragsregelungen in Verbindung mit dem in DIN 820 und den Beschlüssen des Präsidiums des DIN festgelegten Grundsätzen der Normungsarbeit verwundert es, wenn neuerdings gerade deutscherseits die demokratische Legitimation der Normungsarbeit in Europa in Frage gestellt wird (Prof. Marburger, Prof. Bleckmann, Prof. Führ).

Jedenfalls deutscherseits sind Mechanismen vorhanden, die für alle interessierten Kreise eine gleichberechtigte Beteiligung an der Normungsarbeit auch auf europäischer Ebene ermöglichen. Man muß die gegebenen Möglichkeiten allerdings konsequent nutzen.

Jeder zusätzliche organisatorische Aufwand bei der Durchführung der Normungsarbeit, z.B. eine *Begründungspflicht* von CEN und CENELEC für umwelt-, gesundheits- und Verbraucherschutzrelevante Festlegungen in europäischen Normen oder die Einrichtung eines sogenannten europäischen **Normungsrates** bei der Kommission, würde die ohnehin immer schwieriger werdende zeitgerechte Verfügbarkeit der Normen erheblich verzögern. Auch für die Normung gilt: die Balance zwischen demokratischer Legitimation und Effizienz muß erhalten bleiben.

Wenn der Entstehungsvorgang einer Norm dadurch stärker demokratisiert werden soll, daß neben den Fachleuten noch zahlreiche andere Instanzen beteiligt werden sollen, dann müßte sicherlich Demokratisierung mit Qualitäts- und Zeitverlust gleichgesetzt werden.

Dies wäre kein Vorteil für die Standorte Deutschland und Europa.

6. Neue Konzeption und Einheitliche Europäische Akte

Die Entschließung des Rates der EU vom 7.5.1985 über eine **Neue Konzeption auf dem Gebiet der Technischen Harmonisierung und der Normung** hat die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung der europäischen Normen erheblich verstärkt. Der Rat der EU hat sich mit seiner Entschließung für das Prinzip der Verweisung auf Normen entschieden.

Demzufolge beschränkt sich die Harmonisierung der Rechtsvorschriften durch EU-Richtlinien nach Artikel 100 des EWG-Vertrages darauf, daß in den Richtlinien nur die grundlegenden Sicherheitsanforderungen oder sonstige Anforderungen im Interesse des Gemeinwohls festgelegt werden.

Es ist Aufgabe der für die Normung zuständigen Gremien, unter Berücksichtigung des Standes der Technik Normen auszuarbeiten, die den in den Richtlinien festgelegten grundlegenden Anforderungen entsprechen.

Die Normen erhalten dadurch noch keinen zwingenden Charakter. Ihre Anwendung bleibt freiwillig. Es werden jedoch die **Verwaltungen verpflichtet**, davon auszugehen, daß Erzeugnisse, die den harmonisierten Normen entsprechen, die in der Richtlinie festgelegten grundlegenden Anforderungen erfüllen.

Hieraus ergibt sich, daß Hersteller, die nicht nach den harmonisierten Normen produzieren, die Übereinstimmung ihrer Erzeugnisse mit den grundlegenden Anforderungen der Richtlinie auf andere Art **nachweisen** müssen.

Die zur Konkretisierung der grundlegenden Anforderungen in den EU-Richtlinien geschaffenen Normen werden von der Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union mitgeteilt.

Dieses System entspricht dem für die **Durchführung des Gesetzes über technische Arbeitsmittel gewählten System**, wonach der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die technischen Regeln bezeichnet, in denen nach seiner Auffassung die anerkannten Regeln der Technik, denen die technischen Arbeitsmittel zu genügen haben, ihren Niederschlag gefunden haben.

Gleichermaßen sind die von der Kommission der EU zur Konkretisierung der grundlegenden Anforderungen der EU-Richtlinien mitgeteilten europäischen Normen als mit den anerkannten Regeln der Technik **identisch** anzusehen. Für alle anderen, mit den EU-Richtlinien nicht in Zusammenhang stehenden europäischen Normen ist aufgrund ihres Zustandekommens widerlegbar zu vermuten, daß sie anerkannte Regeln der Technik sind (bloße Identitätsvermutung). Der Anwender einer als DIN-Norm übernommenen europäischen Norm darf also entsprechend DIN 820-1, Abschnitt 6.1,

grundsätzlich davon ausgehen, daß er – auch aus rechtlicher Sicht – technisch einwandfrei handelt.

Die von den Mitgliedstaaten der EU am 28.2.1986 in Ergänzung des EWG-Vertrages beschlossene **Einheitliche Europäische Akte** ist für die europäische Normungsarbeit eine große Herausforderung gewesen. Um die termingerechte Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zum 31.12.1992 zu erreichen, wurde durch Einfügung des Artikels 100 a in den EWG-Vertrag ermöglicht, daß EU-Richtlinien, die vorher nur einstimmig erlassen werden konnten, nun auch mit qualifizierter Mehrheit erlassen werden können. Damit war der Weg für den Erlaß einer Reihe von in Arbeit befindlichen EU-Richtlinien geebnet, für die aber die entsprechenden europäischen Normen zur Konkretisierung der grundlegenden Anforderungen fehlten. Inzwischen ist dieser Bedarf an europäischen Normen **weitestgehend gedeckt** und man kann durchaus feststellen, daß auf technischem Gebiet die Harmonisierung zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes schon recht weit fortgeschritten ist.

Weil die Harmonisierung der technischen Normen vergleichsweise schnell und reibungslos vonstatten geht, besteht offenbar auch ein gewisses Mißtrauen gegenüber der europäischen Normungsarbeit. Es wird hier und da der Vorwurf erhoben, die Durchführung der Normungsarbeit auf europäischer Ebene verletze demokratische Grundsätze und es sei nicht legitim, privaten Institutionen wie CEN und CENELEC die Ausfüllung der in den EU-Richtlinien enthaltenen grundlegenden Anforderungen durch europäische Normen ohne hoheitliche Kontrolle zu überlassen. Diesen Aspekt habe ich eingangs schon kurz erwähnt.

Die Befugnis zur Rechtssetzung auf Gemeinschaftsebene werde sonst **faktisch einem Privaten** überlassen. Beide Vorwürfe treffen nicht zu. Nicht das CEN bzw. CENELEC statet die europäische Norm mit Rechtsverbindlichkeit aus, sondern der Gemeinschaftsgesetzgeber selbst, indem er in der Richtlinie auf die europäische Norm verweist. Hieran ändert sich nichts in den Fällen, in denen verweisungsfähige europäische Normen noch **nicht vorhanden sind und deshalb in der EU-Richtlinie nicht auf bestimmte europäische Normen verwiesen werden kann**. In diesen Fällen wird statt dessen nur allgemein auf „die harmonisierten Normen, deren Fundstellen im Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden“ verwiesen. Erst später erfolgt die Mitteilung dieser Normen durch die Kommission der EU im Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften.

Damit wird die Konkretisierung der grundlegenden Anforderungen entsprechend der Neuen Konzeption auch in diesem Fall von der Kommission selbst, nämlich durch Verweisung auf europäische Normen, vorgenommen. Auch die einer bereits erlassenen EU-Richtlinie nachfolgende Verweisung auf europäische Normen findet nur statt, wenn zuvor die etwa bestehenden Bedenken der Kommission im ständigen Ausschuß erörtert wurden und die Kommission und der ständige Ausschuß zu dem Ergebnis gelangt sind, daß die aufgrund des Mandats der Kommission von CEN erarbeiteten europäischen Normen die in der EU-Richtlinie festgelegten Anforderungen zufriedenstellend konkretisierten (siehe Anhang II B X der Entschließung des Rates über die Neue Konzeption).

Die Entscheidung, ob sich die von CEN oder CENELEC ausgearbeitete europäische Norm zur Verweisung eignet, wird also von der Kommission und dem ständigen Aus-

schuß getroffen. Ihre Entscheidung ist der Kontrolle des europäischen Gerichtshofs unterworfen. Eine Rechtssetzungsdelegation auf CEN bzw. CENELEC findet nicht statt.

Diese Auffassung wird bestätigt durch die Entschließung des europäischen Parlaments vom 8.4.1987. Dort wird unter Ziffer 3 ausdrücklich festgestellt, daß die von den europäischen Normungsinstituten ausgearbeiteten technischen Normen „gesetzliche Allgemeinverbindlichkeit erst dann erhalten, wenn der Gemeinschaftsgesetzgeber in einer Richtlinie darauf verweist“.

Der andere Vorwurf, daß nämlich die Ausarbeitung europäischer Normen nicht demokratisch sei, weil die interessierten Kreise sich an der Erarbeitung dieser Normen unmittelbar nicht beteiligen könnten, ist bei näherem Hinsehen ebenfalls nicht haltbar. Im Falle der Harmonisierung bereits bestehender nationaler Normen auf europäischer Ebene haben die interessierten Kreise die zu harmonisierenden nationalen Normen selbst erarbeitet. Die Harmonisierung bereits bestehender nationaler Normen geschieht stets in engem Kontakt mit dem auf nationaler Ebene für die Norm zuständigen Arbeitsgremium, also unter Beteiligung der interessierten Kreise.

Daß die Vorschläge und Stellungnahmen des auf nationaler Ebene bestehenden Ausschusses nicht von allen Ausschußmitgliedern, sondern nur von einer nationalen Delegation bei dem für die europäische Norm zuständigen Ausschuß vertreten werden, hat rein praktische Gründe.

Wenn die 18 CEN-Mitglieder alle Ausschußmitglieder anreisen lassen würden, wäre eine sinnvolle Arbeit nicht mehr möglich.

Bei dieser Sachlage kommt als demokratische Lösung des Problems nach dem Repräsentanzprinzip nur die Entsendung einer an die Weisungen des Ausschusses jeweils gebundenen Delegation in Frage.

Letztenendes ist die Tatsache, daß die von der Neuen Konzeption ausdrücklich als freiwillig bezeichneten europäischen Normen von den interessierten Kreisen auf breiter Ebene akzeptiert werden, der beste Beweis dafür, daß diese Kreise sie jedenfalls als demokratisch empfinden.

7. Schlußbemerkungen

Ingenieure brauchen anerkannte Regeln der Technik. Diese Regeln ziehen ihre Anerkennung in der Technik selbst aus der Beschreibung des Standes der Technik. Außerhalb der Technik sollten sie anerkannt sein, damit die Ingenieure bei ihrer Anwendung von ordnungsmäßigem Verhalten ausgehen können.

Diese Anerkennung setzt die Legitimierung ihres Entstehungsprozesses voraus. Gelegentlichen Zweifeln an einer ausreichenden Legitimierung steht heute aber eine breite Akzeptanz von Regeln gegenüber, die mittels demokratischer Prozeduren von privatwirtschaftlich arbeitenden Fachleuten unter hoheitlichen Eingriffsmöglichkeiten erstellt werden.

Das einheitlicher werdende Europa bietet die Chance der Harmonisierung nationaler Regeln der Technik und fördert damit den freien Handel. Wir werden sehr darauf zu ach-

ten haben, daß die in diesem Europa entwickelten und zu entwickelnden Prozeduren zumindest eine ausreichende Legitimationsqualität, besser noch eine überzeugende, haben werden. Dies wird mit zentralistischer Bürokratie nicht erreichbar sein, auch mit basisdemokratischer nicht. Für die Qualität der Regeln wird weiterhin die engagierte Mitarbeit der gesamten Fachwelt und ein klarer Blick für die gesellschaftlichen Bedürfnisse entscheidend sein. Deshalb muß das Rollenspiel unverfälscht bleiben:

- der Gesetzgeber möge möglichst genau seine Ziele und Anforderungen beschreiben
- die Fachwelt kann dann die Regeln ausarbeiten, mit deren Hilfe die Ziele erreicht werden können.

Dann wird der new approach des Jahres 1985 noch lange modern bleiben.